

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: Öffentliche Werbeflächen fair nutzen

Text

2

3

5

8

9

10

11

12 13

14 15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

Öffentliche Werbeflächen wie z.B. Großflächen sind zu großem Teil in einer Hand (DSM Ströer). Sollte es in Zukunft zu einer Neuverhandlung bzw. zu einer Verlängerung des Rahmenvertrages kommen, möchten wir uns dafür einsetzen, dass in diesem Verfahren mehr Werbeflächen für Stadtwerbung reserviert werden und verschiedene Anbieterfirmen Zuschläge erhalten, um zusätzliche konkurrenzfähige

Angebote zu schaffen. Wir wollen keine weiteren zusätzlichen Flächen für kommerzielle Werbung zur Verfügung stellen.

Vor allem zu Wahlkampfzeiten ist die Stadt voll von Wahlwerbung. Diese Werbung ist auf der einen Seite wichtig, um auf anstehende Wahlen aufmerksam zu machen und Menschen zum Wählen zu bewegen. Zudem sind Wahlplakate Teil der politischen Kultur. Andererseits entsteht insbesondere durch Wahlwerbung im öffentlichen Raum ein hohes Müllaufkommen, zum anderen ist diese zumeist eine Frage des Geldes. Kleinere und weniger etablierte Parteien sind durch diesen Mechanismus benachteiligt. Wir bemühen uns, die Umweltfolgen unserer Wahlwerbung, z.B. durch unseren plastikarmen Wahlkampf und unsere in der Regel im Papiermüll entsorgbaren Plakate, so gering wie möglich zu halten. Wir möchten gemeinsam mit den anderen Ratsfraktionen und Parteien Lösungen finden, wie Wahlwerbung reduziert werden kann und gleichzeitig auch kleinere Parteien die Möglichkeit haben, für sich zu werben. Das hilft dabei, Müll zu vermeiden. Wir werden uns dafür einsetzen, in Kiel Beschränkungen der Plakatmengen zu etablieren. Eine Reduzierung der stadtweiten Anzahl an Wahlwerbeplakaten auf 600 statt bisher 750 pro Partei wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass diese Regelungen ihre Gültigkeit behalten und nicht durch z. B. widersprechende Verordnungen ausgehebelt werden.